

Positionierung der Hamburger Sportjugend (HSJ) zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG)

Die Hamburger Sportjugend (HSJ) vertritt, als größte Jugendorganisation Hamburgs, die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im organisierten Sport. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Begleitung und Förderung von Freiwilligendiensten im Sport. Jährlich absolvieren in Hamburg rund 160 junge Menschen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Sportvereinen und -verbänden.

Aus dieser Praxis wissen wir, welche Bedeutung Freiwilligendienste für junge Menschen und für die Sportstrukturen vor Ort haben. Sie bieten jungen Menschen nicht nur berufliche Orientierung und Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch Räume für Verantwortung, Gemeinschaft und Demokratieerfahrung. Gleichzeitig sichern sie das Engagement in den Vereinen und tragen zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendsports in Hamburg bei.

Vor diesem Hintergrund sehen wir den Referentenentwurf zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG), vom 30.07.2025, kritisch. Er rückt den militärischen Dienst stark in den Mittelpunkt, während die Bedürfnisse junger Menschen nach Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Bildung zu wenig berücksichtigt werden.

Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst

Für Hamburg gilt: Ohne Freiwilligendienste im Sport könnten viele Vereine ihre Angebote für Kinder und Jugendliche nicht aufrechterhalten. FSJ- und BFDler*innen übernehmen hier wichtige Aufgaben – von der Betreuung im Trainingsalltag über die Organisation von Feriencamps bis hin zur Unterstützung bei Inklusionsprojekten.

Dies gilt auch für junge Spitzensportler*innen, die in Hamburg unter professionellen Bedingungen trainieren. Sie müssen weiterhin die Möglichkeit haben, ihren Dienst so zu gestalten, dass er mit der sportlichen Karriere vereinbar ist – sei es im Rahmen eines Freiwilligendienstes oder in Kombination mit dem Wehrdienst.

Daher fordern wir:

- die Aufnahme der Freiwilligendienste in die Informationsschreiben an alle Jugendlichen,
- die gesetzliche Verpflichtung, zivilgesellschaftliche Dienste bei der Bereitschaftserklärung gleichwertig zu nennen,
- Ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld, um mit dem Wehrdienst Sold gleichberechtigt wahrgenommen zu werden
- die Einführung eines **Rechtsanspruchs auf Freiwilligendienst**, um Wartezeiten und Benachteiligungen auszuschließen.

Ein Rechtsanspruch würde sicherstellen, dass alle interessierten Jugendlichen in Hamburg einen Platz in einem Verein oder Verband finden können und dies unabhängig von Kontingenten oder finanziellen Hürden.

Wehrersatzdienste

Das Modell „FSJ statt Zivildienst“ war für viele junge Menschen deutlich attraktiver als der klassische Zivildienst. Es ermöglichte Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit, war stark nachgefragt und eröffnete Jugendlichen echte Lern- und Entwicklungschancen, da über die Trägerstruktur eine pädagogische Begleitung der FSJler*innen gewährleistet wurde.

Junge Menschen wollen ihre Lebensphase zwischen Schule, Ausbildung oder Studium bewusst gestalten. Sie suchen nach Möglichkeiten, sich einzubringen, **Orientierung für ihren beruflichen Weg** zu erhalten und gleichzeitig etwas **Sinnvolles für die Gesellschaft** zu leisten. Ein starrer, verpflichtender Zivildienst entsprach diesen Bedürfnissen nur bedingt und wurde eher als Pflichtaufgabe wahrgenommen, nicht als Chance zur Bildung und Orientierung.

Das „FSJ statt Zivildienst“ hingegen traf die Lebensrealität vieler Jugendlicher besser:

- Sie konnten im vertrauten Umfeld ihrer Vereine Verantwortung übernehmen.
- Sie hatten Freiräume, ihre Interessen einzubringen – etwa in der Jugendarbeit, in inklusiven Sportgruppen oder bei Projekten im Ganztage.
- Sie wurden pädagogisch begleitet und erhielten Anerkennung für ihre Arbeit.
- Sie konnten wertvolle Erfahrungen sammeln, die sie für ihre Zukunft nutzbar machten.

Vor diesem Hintergrund ist für die HSJ klar: Ein starres Zivildienstmodell ist nicht zukunftsfähig. Junge Menschen wollen selbst entscheiden, auf welche Weise sie ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten – sei es im Wehrdienst, im Katastrophenschutz oder in einem Freiwilligendienst (im Sport). Nur wenn ihre Bedürfnisse nach **Wahlfreiheit, Selbstgestaltung und Sinnhaftigkeit** berücksichtigt werden, entstehen nachhaltige Engagement-Erfahrungen.

Gelingsbedingungen für Freiwilligendienste im Sport in Hamburg

Damit zivile Dienste (im Sport) ihre volle Wirkung entfalten können, braucht es folgende Rahmenbedingungen:

- **Orientierung an den Bedarfen junger Menschen:** Freiwilligendienste müssen als Lern- und Orientierungsjahr verstanden werden, nicht als Ersatzpflicht.
- **Pädagogische Begleitung:** In Hamburg leisten Fachkräfte der HSJ einen zentralen Beitrag zur Qualitätssicherung der Freiwilligendienste.
- **Einsatzfelder im Sport:** Die Tätigkeiten müssen weiterhin vielfältig bleiben – von Kinder- und Jugendarbeit über Inklusion bis zu Bewegungsförderung in Schulen.
- **Kostenübernahme durch den Bund:** Nur, wenn Taschengeld, pädagogische Begleitung und Versicherung gesichert sind, können Vereine die Einsatzstellen-Plätze verlässlich anbieten.

- **Rechtsanspruch:** Ohne Rechtsanspruch droht, dass nicht alle interessierten jungen Menschen in Hamburg einen Platz bekommen.
- **Bürokratiearme Umsetzung:** Vereine und Verbände brauchen einfache Verfahren, um als Einsatzstellen anerkannt zu bleiben.
- **Wahlfreiheit:** Auch Einsätze im eigenen Verein müssen möglich sein – denn hier entstehen oft die nachhaltigsten Engagement-Bindungen.

Freiwilligendienste im Sport sind für Hamburg unverzichtbar – sowohl für die persönliche Entwicklung junger Menschen als auch für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Sportvereine. Die Hamburger Sportjugend fordert daher, dass das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz zivile Dienste nicht nur erwähnt, sondern **gleichwertig in den Blick nimmt**. Ein Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst ist der entscheidende Hebel, um **gesellschaftliche Teilhabe und Engagementförderung** in Hamburg zu sichern. Resilienz und demokratische Wehrhaftigkeit entstehen nicht allein durch militärische Strukturen. Sie beruhen ebenso auf Vielfalt, Zusammenhalt und zivilgesellschaftlichem Engagement. Nur wenn Wehrdienst und Freiwilligendienste als gleichberechtigte Optionen anerkannt werden, kann eine solidarische und widerstandsfähige Gesellschaft bestehen.